



Protokoll

25. Sitzung des Kreistages des Landkreises Peine

Sitzungstermin:	Mittwoch, 30.06.2021
Raum, Ort:	Gebläsehalle Ilseder Hütte, Ilseder Hütte 14, 31241 Ilsede
Sitzungsbeginn:	17:30 Uhr
Sitzungsende:	20:00 Uhr

Anwesende:

Vorsitz

Herr Hartmut Marotz

Mitglieder

Herr Franz Einhaus

Herr Matthias Möhle

Herr Rainer Röcken

Frau Doris Meyermann

Herr Hans-Hermann Baas

Herr Maik Burgdorf

Frau Monika Heilmann-Eschemann

Herr Frank Hoffmann

Herr Wilhelm Laaf

Herr Rüdiger Lampe

Herr Holger Meyer

Herr Christoph Moritz

Frau Nadine Muthmann

Herr Carsten Rieck

Herr Ulrich Seffer ab 17.38 Uhr

Herr Uwe Semper

Frau Christine Spittel ab 18.15 Uhr

Herr Werner Welzel

Herr Björn Busse

Herr Hans-Werner Fechner

Herr Carsten Heuer

Herr Heiko Jacke

Herr Dr. Christof Klinke
Herr Karsten Könnecker
Herr Michael Kramer
Frau Isabell Mutke
Herr Arnim Plett
Herr Georg Raabe
Herr Carsten Rauls
Herr Jürgen Wehmer
Frau Silke Weyberg
Frau Doris Maurer-Lambertz
Herr Heiko Sachtleben
Frau Rosemarie Waldeck
Herr Bernd Jakubowski
Herr Jürgen Rubin
Herr Malte Cavalli
Herr Waldemar Hänsel
Herr Christoph Hauschke
Herr Dieter Samieske
Frau Ilse Schulz

ab 17.41 Uhr

Protokollführung

Frau Melike Miriam Lampe

Verwaltung

Herr Jonas Krüger
Frau Prof. Dr. Andrea Friedrich
Herr Henning Heiß
Herr Fabian Laaß
Herr Christian Mews
Frau Silke Tödter

Vertretung für: Herrn Toni Bieband

Entschuldigte:

Mitglieder

Frau Dr. Katrin Esser-Mönning	fehlt entschuldigt
Herr Romec Manns	fehlt unentschuldigt
Frau Simone Pifan	fehlt entschuldigt
Frau Miriam Riedel-Kielhorn	fehlt unentschuldigt
Herr Jens Zielsdorf	fehlt unentschuldigt
Herr Stephan Nitsch	fehlt entschuldigt
Herr Andreas Tute	fehlt entschuldigt
Herr Oliver Westphal	fehlt entschuldigt
Herr Karl-Heinrich Belte	fehlt entschuldigt

Verwaltung

Herr Toni Bieband	verhindert
-------------------	------------

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 10.03.2021
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Wahl der Ersten Kreisrätin/des Ersten Kreisrates - Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 02.06.2021
- 6 Ernennung der Tierärztin Frau Bettina Beinsen zur Veterinärärztin
- 7 Personalangelegenheiten; Beförderung von Frau Sabrina Hahn zur Baudirektorin
- 8 Änderung der Besetzung des Jugendhilfeausschusses
- 9 Änderung der Besetzung des Jugendhilfeausschusses
- 10 Kommunalwahl 2021 - Änderung der stellvertretenden Kreisleitung
- 11 Erhöhung des Erfrischungsgeldes für die Bundestagswahl
- 12 Digitale Sitzungen des Kreistages und seiner Ausschüsse
- 13 Zusammenführung der hannIT mit der KDG
- 14 Fortführung des Pakts für den Sport über den 31.12.2021 hinaus
- 15 Abschluss eines Kooperationsvertrags zwischen dem Peiner Bündnis gegen Depression und der Stiftung Deutsche Depressionshilfe
- 16 Qualitätsentwicklung in der Kindertagesbetreuung
- 17 Kreistagsfraktion Bündnis90/Die Grünen - Resolution: Kita-Qualität sichern
- 18 Antrag KTA Samieske, DIE LINKE - Änderung des Namens des Klinikums Peine
- 19 Sachstand von Stromleitungs-Bauvorhaben im Landkreis Peine
- 20 Sanierung des Trinkwassernetzes am Gymnasium und der Realschule Groß Ilsede
- 21 Sonnenschutz an den Schulen in der Trägerschaft des Landkreises Peine
- 22 Änderung der Verordnung über den geschützten Landschaftsbestandteil "Wenser Allee" (LB PE 09)
- 23 Kooperation mit dem Projekt Wind und Natur - Integrative Genehmigungspraxis
- 24 Nachnutzung von Kieseeseen
- 25 Annahme und Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen;
Schulpreis für IGS Lengede
- 26 Annahme und Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen
Geldspende des Herrn Nils Rosemeyer
- 27 Annahme und Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen
Geldspende für die Kreismusikschule

- 28 Annahme und Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen
Geldspende des Fördervereins der Kreismusikschule Peine
- 29 Annahme und Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen
Geldspende der Sparkassenstiftung an die Kreismusikschule Peine
- 30 Bericht des Landrates
- 31 Anfragen und Anregungen

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1 . Eröffnung der Sitzung

Kreistagsvorsitzender Marotz begrüßt die anwesenden Kreistagsabgeordneten, die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung, die Zuhörerinnen und Zuhörer sowie die Presse und eröffnet die Sitzung.

2 . Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Kreistagsvorsitzender Marotz stellt die ordnungsgemäße Ladung fest und erklärt das 38 Kreistagsabgeordnete und der Landrat anwesend sind. Die Beschlussfähigkeit ist somit gegeben. Der Kreistag stellt die Tagesordnung im Anschluss einstimmig fest.

Herr KTA Seffer nimmt ab 17:38 Uhr an der Sitzung teil.

3 . Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 10.03.2021

Beschluss: Frau KTA Schulz merkt an, dass es sich bei der im Protokoll der 24. Sitzung des Kreistages festgehaltenen Aussage ihrerseits, sie halte die vorzeitigen Impfungen des Landrates und des Ersten Kreirates für verwerflich, nicht um ihre eigene Wortwahl handele, sondern um ein Zitat. Sie beantragt die Streichung des Satzes aus dem Protokoll. Der Kreistagsvorsitzende Marotz weist darauf hin, dass Streichungen nicht üblich sind und ihre Anmerkung stattdessen in das Protokoll dieser Sitzung aufgenommen werde. Das Protokoll über die 24. Sitzung des Kreistages am 10.03.2021 wird einstimmig genehmigt.

Frau KTA Weyberg nimmt ab 17:41 Uhr an der Sitzung teil.

4 . Einwohnerfragestunde

Herr Benno Schünemann, 1. Stellvertretender Bürgermeister der Gemeinde Vechelde und Ortsbürgermeister der Ortschaften Bodenstedt, Liedingen und Köchingen nimmt Bezug auf den TOP 19, den Bau von Höchstspannungsleitungen und der dazugehörigen großflächigen Infrastruktur im Landkreis Peine. Er fühle sich mit dem Thema alleine gelassen und befürchte, dass die Bürgerinnen und Bürger in den betroffenen Ortschaften Liedingen und Bodenstedt mit der sich dadurch verändernden Landschaft zu Einzelschicksalen würden. Er fragt, was der Landkreis Peine unternehme, um zukünftige Höchstspannungsleitungen als Pilotprojekte für die Erdverkabelung in den Bundesbedarfsplan zu platzieren. Er weist auf die Gemeinsamkeit der Gemeinde Vechelde mit der Stadt Wilhelmshaven hin. In beiden Kommunen gebe es derzeit bereits 2 Umspannwerke und in beiden werde jeweils ein 3. Umspannwerk geplant. Es gebe keine andere Kommune in Niedersachsen, die in der Intensität elektrische Infrastruktur beherberge. Die große vorhandene und geplante Anzahl an Freileitungen innerhalb der Gemeinde Vechelde sei für die Einwohnerinnen und Einwohner nicht zumutbar.

Herr Kreistagsvorsitzender Marotz weist darauf hin, dass es im Laufe der Sitzung einen Tagesordnungspunkt geben werde, bei dem zu diesem Thema Stellung bezogen werde.

Herr LR Einhaus stellt fest, dass dem Thema aufgrund der Dimensionen und der Sensibilität eine große Bedeutung zukomme und daher empfohlen werde, der Thematik im Fachausschuss eine ausgiebige Erörterung zu ermöglichen. Aus dem Fachausschuss heraus sollten dann weitere Maßnahmen entwickelt werden. Er wünsche sich angesichts der geplanten Dimensionen, dass dort, wo es möglich ist, Erdverkabelung vorgenommen werde und dies bedürfe einer politischen Formulierung. Die Thematik sei aufgrund der Energiewende notwendig, aber die konkrete Umsetzung und die Belastungsverteilung müsse ausführlich vor Ort behandelt werden. Dazu müsse sich der Fachausschuss entsprechend beraten.

5 . Wahl der Ersten Kreisrätin/des Ersten Kreisrates - Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 02.06.2021

Der Kreistag stimmt dem Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 02.06.2021 zu.

Antrag der CDU-Kreistagsfraktion:

Die Wahl der Ersten Kreisrätin/des Ersten Kreisrates wird jetzt nicht vorgenommen.

Die Ausschreibung wird aufgehoben.

Eine Stellenbesetzung erfolgt auf Vorschlag der/des in den Kommunalwahlen am 12. September 2021 gewählten neuen Landrätin/Landrats sowie nach Beschluss durch die Mitglieder des neuen Kreisrates der Wahlperiode 2021-2026.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 40 Nein-Stimmen: - Enthaltung/en: 1

**6 . Ernennung der Tierärztin Frau Bettina Beinsen zur Veterinärärztin
Vorlage: 2021/837**

Beschluss:

Frau Bettina Beinsen wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt zur Veterinärärztin (Besoldungsgruppe A 13 NBesG) ernannt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 41 Nein-Stimmen: - Enthaltung/en: -

**7 . Personalangelegenheiten; Beförderung von Frau Sabrina Hahn zur Baudirektorin
Vorlage: 2021/858**

Beschluss:

Frau Sabrina Hahn wird zum 01.07.2021 zur Baudirektorin, Besoldungsgruppe A 15 NBesG, befördert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 41 Nein-Stimmen: - Enthaltung/en: -

**8 . Änderung der Besetzung des Jugendhilfeausschusses
Vorlage: 2021/867**

Beschluss:

Frau Daniela Möhlenbrock wird als beratendes Mitglied für den Jugendhilfeausschuss benannt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 41 Nein-Stimmen: - Enthaltung/en: -

**9 . Änderung der Besetzung des Jugendhilfeausschusses
Vorlage: 2021/883****Beschluss:**

Frau Bettina Mai wird als stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied für den Jugendhilfeausschuss benannt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 41 Nein-Stimmen: - Enthaltung/en: -

**10 . Kommunalwahl 2021 - Änderung der stellvertretenden Kreiswahlleitung
Vorlage: 2021/885****Beschluss:**

Erster Kreisrat Henning Heiß wird als stellvertretender Kreiswahlleiter abberufen.

Für die Aufgaben der Kreiswahlleitung und zur Vorbereitung und Durchführung der Kommunalwahlen am 12. September 2021 wird mit sofortiger Wirkung die Wahlleitung berufen:

Kreiswahlleiter: Landrat Franz Einhaus

Stellv. Kreiswahlleiter: Herr Frank Scharenberg

Mit Beginn der Ratsperiode ab 1. November 2021 wird für die nachfolgenden Aufgaben der Kreiswahlleitung folgende Wahlleitung berufen:

Kreiswahlleiter/in: Neu gewählte Landrätin/neu gewählter Landrat

Stellv. Kreiswahlleiter: Herr Frank Scharenberg

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 41 Nein-Stimmen: - Enthaltung/en: -

**11 . Erhöhung des Erfrischungsgeldes für die Bundestagswahl
Vorlage: 2021/852****Beschluss:**

Das Erfrischungsgeld für die Wahlhelferinnen und Wahlhelfer der Briefwahl wird auf 50 € festgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 41 Nein-Stimmen: - Enthaltung/en: -

12. Digitale Sitzungen des Kreistages und seiner Ausschüsse

Vorlage: 2021/824

Herr KTA Cavalli weist darauf hin, dass die Aufnahme der durchgeführten Sitzungen im Falle von Videokonferenzen und die 6-monatige Speicherung der Aufnahmen eine Hürde für zukünftige Mitglieder des Kreistages darstellen könnte. Dies könnte eine Hemmschwelle für manche Personen sein. Er ist sich nicht sicher, ob die Aufnahme und Speicherung Bedingungen für eine digitale Sitzung seien. Er könne der Vorlage in der Form nicht zustimmen, da er die 6-monatige Speicherung für falsch halte.

Herr EKR Heiß ist sich nicht sicher, ob dies zwingend gesetzlich vorgeschrieben sei, geht aber zunächst davon aus. Es sei aber zu bedenken, dass digitale Sitzungen nur in Ausnahmefällen durchgeführt würden. Ein solches Vorgehen sei mittlerweile in vielen kommunalen Vertretungen üblich. Er könne die Bedenken nachvollziehen und werde den Punkt mit der Speicherung von Sitzungen prüfen. Abgesehen davon würden im Falle einer digitalen Lösung die Sitzung und auch die Wortbeiträge online gestellt. Wenn dies so nicht gewollt sei, dann sei dies gleichbedeutend damit, keine Möglichkeit für eine pandemische Lage zu haben.

Herr KTA Möhle stellt die Frage, ob diese Aufnahmen veröffentlicht werden müssten bzw. dürften.

Herr EKR Heiß sagt zu, dieses zu überprüfen. Nach seinem Rechtsverständnis wäre es ausreichend, bei nicht hergestellter Öffentlichkeit den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zu geben, die Sitzung online zu verfolgen. Eine Veröffentlichung sei seiner Meinung nach nicht verpflichtend. Die Beschlussfassung könnte unter dem Vorbehalt geschehen, dass eine Veröffentlichung nicht statfinde, da der KT ansonsten erst wieder am 6. Oktober 2021 tage. Wenn dem so sei, dass die Speicherung nicht stattzufinden hätte, würde diese unterlassen werden.

Herr KTA Sachtleben merkt an, dass die zurückliegenden 1,5 Jahre gezeigt hätten, dass man sich an neue Entwicklungen gewöhnen müsse. Kaum ein Berufsfeld könne sich der Arbeit online entziehen. Dies bedeute auch, dass von Reden Mitschnitte gemacht werden könnten. Daher diene die Speicherung eigentlich schon eher dem Schutz derer, die gesprochen hätten. Mitschnitte oder Zusammenschnitte könnten aus dem Zusammenhang gerissen werden und eine Speicherung der Originalsitzung könnte verhindern, dass solche Mitschnitte gegen die Sprechenden verwendet werden könnten. Er hält es für notwendig, diesen Schritt zu gehen, damit man auch in Zukunft handlungsfähig bleibe. Der Beschluss müsse daher heute und nicht erst im Oktober gefasst werden.

Herr KTA Kramer geht davon aus, dass diese mögliche neue Regelung nur in Ausnahmesituationen und nicht generell gültig sei. Für eine Ausnahmeregelung hätte er Verständnis, bei einer generellen Aufzeichnung und Online-Streaming hätte er Bedenken.

Herr KTA Cavalli fragt, ob es eine Möglichkeit gebe den Beschluss so zu fassen, dass eine 6-monatige Speicherung unterbliebe, wenn sie nicht gesetzliche vorgeschrieben wäre.

Herr LR Einhaus erklärt, dass in den vorangegangenen Sitzungen das Ziel formuliert worden sei, auch in Ausnahmesituationen weiterhin kommunalpolitisch tätig sein zu können. Dafür gebe es dieses Instrument, welches bereits weithin eingesetzt werde. Die Bedenken hinsichtlich einer unnötig langen Speicherung von Wortbeiträgen könne er nachvollziehen und auch, dass diese eine Hemmschwelle darstellen könnten. Da bei einer Online-Übertragung jeder Teil der Sitzung mitgeschnitten werden könnte, greife seiner Meinung nach das, was Herr KTA Sachtleben gesagt habe. Sollte mit einem solchen Mitschnitt Unfug betrieben werden, sei es wichtig, noch die Originalfassung zur Hand und im Zweifelsfall eine Rechtsgrundlage zu haben. Die Gewissheit, dass sich eine Aufzeichnung der Sitzung nicht längere Zeit im Netz befinde, gebe es aufgrund von Mitschnitten auch bei einer nicht vorgeschriebenen Speicherung nicht.

Herr KTA Sachtleben beantragt die Vorlage wie folgt umzuformulieren: Die Speicherung der Daten erfolgt aufgrund der gesetzlichen Vorgaben.

Nach Meinung von Frau KTA Meyermann gehe aus der jetzigen Formulierung nicht eindeutig hervor, dass die Abhaltung von Sitzungen ausschließlich bei epidemischen Lagen zum Tragen komme. Sie schlägt vor, den Absatz 6 des § 9 a voranzustellen. Damit wäre klarer, dass Aufnahmen der Sitzungen nur erfolgen, wenn es sich um eine Ausnahmesituation handele.

Herr KTA Hoffmann hat bezüglich der Formulierung der Vorlage keine Bedenken, da der Landrat oder die Landrätin laut § 2 a der Geschäftsordnung jeweils bei der Einladung zur Sitzung die epidemische Lage feststellen müsse. Es könne sich zudem auch um andere Ausnahmesituationen, abgesehen von einer Pandemie, handeln, die eine Sitzung per Videokonferenz nötig machen würde. Daher stimme er dem Antrag in der jetzigen Formulierung zu.

Herr EKR Heiß schlägt vor, dahingehend zu beschließen, dass das Online-Stellen der Sitzungen nur dann erfolge, wenn auch digital getagt werde. Sollte dies nach Prüfung rechtlich nicht möglich sein, würde der Beschluss nicht umgesetzt, sondern im nächsten Kreistag erneut behandelt.

Herr Kreistagsvorsitzender Marotz weist darauf hin, dass eine Online-Sitzung nur dann möglich sei, wenn es aus tatsächlichen Gründen gesundheitspolitischer Art geboten sei. Ansonsten herrsche das Prinzip der Öffentlichkeit.

Beschluss:

Um bei weiterem Vorliegen einer epidemischen Lage Sitzungen des Kreistages und seiner Ausschüsse digital abhalten zu können, werden die Hauptsatzung des Landkreises Peine und die Geschäftsordnung für den Kreistag, den Kreisausschuss, die Ausschüsse des Kreistages und die nach besonderen Rechtsvorschriften gebildeten Ausschüsse des Landkreises Peine – wie in den Anlagen 1 und 2 dargestellt (Änderungen sind gelb unterlegt) – geändert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 40 Nein-Stimmen: - Enthaltung/en: 1

13 . Zusammenführung der hannIT mit der KDG Vorlage: 2021/884

Beschluss:

1. Der Kreistag befürwortet den operativen Zusammenschluss der gemeinsamen kommunalen Anstalt Hannoversche Informationstechnologien AöR (hannIT) mit der KDG AöR Göttingen (KDG) zum 01.01.2022.
2. Der Kreistag befürwortet die Gründung eines Zweckverbandes zur Erreichung der gewünschten Zielstruktur zum 01.01.2023.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, darauf hinzuwirken, dass sämtliche notwendigen Voraussetzungen - einschließlich sämtlicher Vertragswerke/Satzungsänderungen - bis zum 31.08.2021 ausverhandelt werden und den Vertretungen nach Ende der Verhandlungen zur Beschlussfassung zur Verfügung gestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 41 Nein-Stimmen: - Enthaltung/en: -

14 . Fortführung des Pakts für den Sport über den 31.12.2021 hinaus Vorlage: 2021/878

Herr EKR Heiß betont, dass es sich aus Sicht der Kreisverwaltung um eine Herzensangelegenheit handle, den Pakt für den Sport weiterzuführen. Die Form der Zusammenarbeit wäre im Laufe der Zeit derart unkompliziert und unbürokratisch geworden, dass man hier etwas ganz Besonderes geschaffen hätte. Eine detaillierte Evaluation sei nicht erforderlich, denn die Zusammenarbeit mit dem KSB und gerade mit Herrn KTA Laaf sei hervorragend. Er bedauert, dass Herr KTA Laaf nicht länger dabei sei. Er bedankt sich herzlich für die gute Zusammenarbeit.

Frau KTA Schulz weist auf die besondere Bedeutung des Sports hin. Sie halte den Pakt für den Sport für eine wegweisende Maßnahme, welche die Würdigung des ehrenamtlichen Engagements miteinschließe. Es sei eine Auszeichnung für alle in diesem Umfeld wirkenden Personen, dass auf eine Evaluation verzichtet würde. Sie bedankt sich bei Herrn KTA Laaf nach seinem Ausscheiden für die langjährige Tätigkeit und hofft, dass seine Tatkraft in diesem Bereich den Beteiligten noch lange erhalten bleibe.

Herr Kreistagsvorsitzender Marotz merkt an, dass alle sich den lobenden Worten an Herrn KTA Laaf nur anschließen könnten.

Herr KTA Laaf bedankt sich bei Herrn EKR Heiß und Frau KTA Schulz für die freundlichen Worte und erklärt, dass die Arbeit immer konstruktiv verlaufen sei. Er habe die Evaluierung gewollt, da er sich nicht vorstellen habe können, dass die Verwaltung so viel Vertrauen in den KSB setze. Daher hätte sich die Entscheidung über die Fortführung des Paktes verzögert. Sein Dank gelte auch Herrn LR Einhaus und allen Anwesenden.

Beschluss:

Der zwischen dem Landkreis Peine und dem Kreissportbund Peine e.V. geschlossene Pakt für den Sport wird unter Gewährung einer jährlichen Fördersumme in Höhe von 300.000 € über den 31.12.2021 für weitere fünf Jahre vom 01.01.2022 bis 31.12.2026 fortgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 41 Nein-Stimmen: - Enthaltung/en: -

15 . Abschluss eines Kooperationsvertrags zwischen dem Peiner Bündnis gegen Depression und der Stiftung Deutsche Depressionshilfe Vorlage: 2021/888

Frau KTA Spittel nimmt ab 18:15 Uhr an der Sitzung teil.

Herr KTA Hauschke merkt an, dass der Beschluss als Anlage einen Kooperationsvertrag benenne, dieser aber nicht beigefügt sei. Bei der Anlage handele es sich lediglich um den Zusatz zu einem Kooperationsvertrag. Dies sei ihm zu wenig, um seine Zustimmung geben zu können. In anderen Fällen würden Vorlagen auch die kompletten Verträge beigefügt. Er würde dagegen stimmen, da er keinen Vertrag beschließe, den er nicht kenne.

Frau Sozialdezernentin Prof. Dr. Friedrich weist darauf hin, dass in der Arbeitssitzung eine ausführliche Darstellung erfolgt sei, aus welchen Gründen man hier rechtlich nachsteuern müsse. Essenziell bei diesem Antrag sei nun, dass die wichtige Arbeit für das Bündnis gegen Depression auch in Zusammenarbeit mit dem Landkreis Hildesheim in rechtlich abgesichertem Maße weiter fortgeführt werde. Im Vorfeld habe zudem eine ausführliche rechtliche Prüfung stattgefunden.

Beschluss:

Nach dem Übergang des Deutschen Bündnisses gegen Depression in die Stiftung Deutsche Depressionshilfe schließt das Peiner Bündnis gegen Depression einen Kooperationsvertrag mit der Stiftung Deutsche Depressionshilfe

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich

Ja-Stimmen: 40 Nein-Stimmen: 1 Enthaltung/en: 1

16 . Qualitätsentwicklung in der Kindertagesbetreuung Vorlage: 2021/864

Herr Kreistagsvorsitzender Marotz weist darauf hin, dass im KA eine Änderung der Vorlage beschlossen worden sei, so dass zusätzlich zum Begriff „Qualitätsentwicklung“ auch die Formulierung „und Qualitätssicherung“ Bestandteil des Antrages werde.

Herr KTA Kramer hält die Präzisierung für notwendig. Er erklärt, dass die im Vorfeld der Kreistagssitzung stattgefundene Kommunikation und die damit verbundenen Presseberichte zu diesem Thema in der Außendarstellung wenige Wochen vor den Kommunalwahlen kein gutes Bild abgegeben hätten. Mit den Geldern würden Projekte gefördert, die über vorge-schriebene Standards hinausgingen und mit dem Fond seien keine zusätzlichen Vorgaben verbunden. Das Geld könne genutzt werden um die vorhandene gute Qualität der Kinderbe-treuung zu finanzieren und auszubauen. Da zudem zugesichert worden sei, die Gelder büro-kratiearm zur Verfügung zu stellen, stimme die CDU-Kreistagsfraktion diesem Antrag zu. Frau KTA Schulz merkt an, dass es mühsame Auseinandersetzungen auf allen politischen Ebenen bedurft hätte, um sich einig zu werden, dass Kitas Bildungseinrichtungen seien. Es bedürfe also gesetzlicher Standards und angemessener Rahmenbedingungen. Wenn bei der frühkindlichen Bildung nicht adäquat gehandelt werde, säge man sich den Ast ab, auf dem die Gesellschaft gut versorgt sitzen möchte. Sie fragt sich, warum es zu diesem „Kommuni-kations-GAU“ hätte kommen müssen und aus welchem Grund nicht früher mit der Bürger-meisterin und den Bürgermeistern gesprochen worden sei, zumal diese doch die Verantwort-lichen vor Ort seien. Dieses Vorgehen habe die Qualität des Anliegens zwischenzeitlich ge-trübt. Sie könne den Ärger der Bürgermeisterin und der Bürgermeister verstehen, da hier nicht auf Augenhöhe gehandelt worden sei. Schließlich wäre der Landkreis für die Kinderbe-treuung originär verantwortlich, hätte die Zuständigkeit aber 2018 auf die Gemeinden über-tragen. Es fehle ihr auch eine passgenaue Diagnostik. Zudem renne die Zeit, da der Vertrag Ende 2022 auslaufe. Ihrer Meinung nach hätte es hier eine handwerklich und kommunikativ bessere Lösung gegeben.

Herr Kreistagsvorsitzender Marotz ergänzt, dass der Vertrag zwischen dem Landkreis und den Gemeinden bezüglich der Kinderbetreuung bereits sehr viel länger bestehe.

Herr KTA Fechner habe mit großer Überraschung aus der Presse von der Absicht erfahren, dass der Landkreis 5 Mio. Euro in die Qualitätsförderung der Kinderbetreuung investieren möchte. Als Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses hätte er davon zuvor keine Kenntnis gehabt. Er hätte sich außerdem gefragt, woher diese Summe komme. Kindergärtenqualität sei ein wichtiges Thema, welches einer permanenten Aktualisierung bedürfe. Vor die Bewilli-gung und dem Einsatz von Geld gehöre eine wohlüberlegte Entscheidung, wofür diese Fi-nanzen eingesetzt werden sollten. Seiner Meinung nach sollten Fachdienste und Fachausschüsse im Vorfeld zur Erarbeitung der Förderrichtlinien hinzugezogen werden, schließlich habe der Jugendhilfeausschuss bei fachlichen Entscheidungen Mitspracherecht. Um die Qualitätsentwicklung gezielt vor Ort in den Gemeinden zu fördern, müssten Förderrichtlinien fixiert werden, die jährlich im Rahmen des finanziell Leistbaren haushaltsmäßig abgerufen werden könnten.

Herr KTA Hoffmann stellt klar, dass es sich um Gelder handele, die aus dem Kreishaushalt zur Verfügung gestellt würden. Es habe im Vorfeld der Vorlage Beratungen im KA und auch mit der Bürgermeisterin und den Bürgermeistern gegeben. Er erklärt, dass es flächende-ckend im Landkreis Peine ein sehr gutes Angebot der Kinderbetreuung mit vielen innovati-ven Projekten in den Kindertagesstätten gebe. Zur weiteren Verbesserung, unter anderem für die Schaffung neuer Plätze, sollte der KT in der heutigen Sitzung entsprechend beschlie-ßen. Die Vereinbarung zur Kinderbetreuung zwischen Landkreis und Gemeinden sei Jahr-zehnte alt und würde immer wieder überarbeitet. Naturgemäß gebe es da dann auch immer mal wieder Diskussionen, die aber keinen Skandal darstellen würden. Entscheidend ist doch, dass der Beschluss gut für die Kinder im Landkreis Peine wäre.

Herr KTA Hauschke schließt sich den Worten von Herrn KTA Fechner an, zumal durch die Qualitätsberichte der Einrichtungen ein hervorragendes Kontrollinstrument vorliege, anhand dessen die Qualitätsentwicklung zu erkennen sei. Da eine Entscheidung in dieser Sache heute nicht ausgesetzt werden könne, beantragt er die Spiegelstriche 2, 3 und 4 (beginnend mit der „Beteiligung von Eltern und Kindern in sämtlichen Betreuungsformen“) der zu för-dernden Maßnahmen zu streichen, da er für die dort genannten Aufgabengebiete andere Bereiche, wie z.B. das Jugendamt oder das Jobcenter, als zuständig sehe.

Herr Kreistagsvorsitzender Marotz weist darauf hin, dass der Beschlussvorschlag 3 Punkte beinhalte, die zur Abstimmung stünden. Über die in der Sachdarstellung befindlichen Punkte, auf die Herr KTA Hauschke Bezug genommen habe, würde nicht abgestimmt.

Herr LR Einhaus erläutert, dass die 5 Mio. Euro in Verbindung mit den Forderungen der Ge-meinden bezüglich der Kreisumlage zur Verfügung gestellt werden sollten. Dies sei natürlich auch zuvor im KA sondiert worden. Dieses sehr wichtige Thema sei nicht nur isoliert eins des

JHA, sondern ein Thema der laufenden Debatte des Haushaltes mit der Stadt und den Gemeinden im Hinblick auf das Finanzverhältnis von Landkreis, Stadt und Gemeinden. Im Rahmen dieser Debatte sei der Fokus von den Gemeinden auf die Thematik Kita und Kinderbetreuung gelegt worden. Es gebe hierbei eine Meinungsverschiedenheit zwischen dem Landkreis und den Gemeinden, ob das Thema Kita-Kosten nicht in das Thema Kreisumlage zu einem Stück weit mit eingepreist sei. Es stelle sich die Frage, ob die Kreisumlage gesenkt oder aber bei den Erstattungskosten für die Kinderbetreuung nachgebessert werden müsse. Eine Kreisumlagensenkung komme für ihn nicht in Frage, vor allem im Hinblick auf investive Maßnahmen in den Gemeinden. Das hohe Investitionsvolumen sei bereits seit Jahren ein kritischer Punkt bei der Auseinandersetzung bezüglich der Genehmigung des Haushaltes mit dem Land. Der bestehende, einzuhaltende Vertrag mache es schwierig, im Bereich Kinderbetreuung nachzusteuern. Daher sei entschieden worden, aus der derzeitigen Haushaltssituation den Betrag von 5 Mio. Euro zur Verfügung zu stellen - zum einen als Anerkennung für bereits bestehende hohe Standards und zum anderen als Impuls für weitere Projekte und Angebote. Bezüglich der Kommunikation stellt Landrat Einhaus fest, dass aufgrund der Sensibilität diese Thematik im KA vorbesprochen und parallel zeitnah die Geschäftsführung des Städte- und Gemeindebundes informiert wurde. Diese Schritte seien vor der Information an die Gemeinden notwendig gewesen. Die einfache Botschaft sei die, den Gemeinden bei den Themen Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung in der Kinderbetreuung unter die Arme zu greifen, ohne dass eine Kreisumlagensenkung nötig sei.

Herr KTA Sachtleben sieht die 5 Mio. für die Kinderbetreuung als dringend notwendig an. In diesem Bereich seien alle Kommunen unterfinanziert. Es gebe zu wenige Betreuungsplätze, was unter anderem auch an der Baulandpolitik der Kommunen liege. Es werde teilweise neu gebaut, ohne dass die entsprechende Infrastruktur zur Verfügung stünde. Es sei schade, dass trotz der guten Sache die Kommunikation nicht funktioniert hätte und dies vor allem auch Einfluss auf die Außenwirkung hätte. Es wäre eventuell die bessere Alternative gewesen, sich noch einige Tage Zeit zu lassen, das Thema zuerst im KT zu besprechen und dann gemeinsam mit den Hauptverwaltungsbeamten der Kommunen an die Öffentlichkeit zu gehen. Für Herr KTA Samieske sei die Sachdarstellung aus der Vorlage bereits ein Vorgriff darauf, wie die Förderrichtlinien aussehen würden. Diese müssten in weiteren Treffen neu beschlossen werden. Es sei aber wichtig, dass das Geld schnell fließe. Er halte es für sinnvoll, wenn die Gemeinden ihre Ideen und Projekte vorstellen würden, um das von der Kreisverwaltung zur Verfügung gestellte Geld in Anspruch zu nehmen.

Frau KTA Maurer-Lambertz ist im Grundsatz erfreut über die Tatsache, dass die geleistete Arbeit anerkannt werde. Sie möchte ausdrücklich darauf hinweisen, dass die Situation der Kita-Plätze im Landkreis nicht so positiv sei, wie sie bisher geschildert worden sei. Weiterhin fehle eine große Anzahl an Betreuungsplätzen. Sie erwarte, dass auch mit Hilfe dieser Gelder der Missstand beseitigt werde. Es sei außerdem sehr schwierig, in diesem Bereich Personal zu finden. Sie gehe davon aus, dass sich die Mitglieder des Kreistages darüber im Klaren seien, welche Kommunen besonders betroffen seien. Die 5 Mio. Euro hält sie für eine gute Idee und einen Schritt in die richtige Richtung.

Herr Kreistagsvorsitzender Marotz wirft ein, dass es im Landkreis Peine mindestens 2 Gemeinden ohne Kita-Fehlplätze gebe.

Herr KTA Baas verdeutlicht, dass es sich bei den 5 Mio. Euro um zusätzliches Geld zu dem im Vertrag ausgehandelten handle. Er halte die Formulierungen hinsichtlich der Diskussion in der Presse für übertrieben. Die Kindertagesstätten wären eine Bildungseinrichtung und daher müssen sie personell und finanziell vom Land genauso unterstützt werden, wie es auch bei Schulen der Fall sei. Das Ziel müsse es sein, möglichst in allen, zumindest aber in sehr vielen, Ortschaften eine Kindertagesstätte zu haben, um vor Ort ein Betreuungsangebot vorzuhalten und das zu Konditionen, die sich die Eltern leisten könnten. Wenn man die Kitas per Definition als Bildungseinrichtungen ansehe, dürften von den Eltern eigentlich keine Beiträge erhoben werden. Das Geld sei knapp und müsse gerade deswegen richtig eingesetzt werden. Die ländliche Gegend brauche die jungen Familien mit Kindern und diese wiederum bräuchten die entsprechenden Betreuungsplätze.

Herr KTA Laaf teilt mit, dass er sich schäme, dass 5 Mio. Euro für einen so wichtigen Bereich bereitgestellt und dann solche Reden darüber geführt würden. Für das Thema Bewegung habe der KSB innerhalb der letzten 10 Jahren einen mittleren fünfstelligen Betrag über private Stiftungen, Serviceclubs und andere nichtöffentliche Geldgeber organisiert, mit dem auch

die Kitas unterstützt würden. Er bittet darum, die Diskussion zu lassen und den Antrag entsprechend zu beschließen, da die 5 Mio. Euro sehr wichtig seien.

Beschluss:

1. Für die Qualitätsentwicklung in der Kindertagesbetreuung (Krippen, Kindertagesstätten, Kindertagespflege und Kinderhortbetreuung) werden der Stadt Peine und den Gemeinden des Landkreises Peine zur Wahrnehmung der Kinderbetreuung sowie für die Tagespflege insgesamt 5 Mio. Euro zur Verfügung gestellt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, eine entsprechende Förderrichtlinie zu erstellen.
3. Dem Jugendhilfeausschuss wird regelmäßig berichtet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 42 Nein-Stimmen: - Enthaltung/en: -

17 . Kreistagsfraktion Bündnis90/Die Grünen - Resolution: Kita-Qualität sichern

Herr Kreistagsvorsitzender Marotz weist darauf hin, dass der Antrag im KA behandelt worden sei und dieser formgemäß an die Landesregierung hätte gerichtet werden müssen. Herr KTA Sachtleben erklärt, dass der vorangegangene TOP zeige, wie wichtig dieses Thema und auch die Resolution seiner Kreistagsfraktion sei. Er weist auf die gerade für Kinder besonders harten Einschränkungen während der Pandemiezeit hin. Die Resolution zeige deutlich die Aufgaben, die für die Kommunalpolitik noch zu bewältigen seien und diese würden nicht alleine zu lösen sein. Mit der Umformulierung des Adressaten sei er einverstanden. Wichtig sei nur, dass die Resolution verabschiedet werde. Er wünsche sich, dass viele Kreistage Druck auf das Land ausüben würden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 39 Nein-Stimmen: - Enthaltung/en: 3

18 . Antrag KTA Samieske, DIE LINKE - Änderung des Namens des Klinikums Peine

Herr KTA Samieske hält es für wichtig mit der Änderung des Namens des Klinikums Frauen zu würdigen, gerade auch die in der Pflege tätigen und die Mütter. Er weist darauf hin, dass sowohl der Aufsichtsrat des Klinikums als auch der KA zu einem überwiegenden Teil mit männlichen Mitgliedern besetzt seien. Ihm stelle sich die Frage, warum dieser Antrag im KA abgelehnt worden sei. Er finde es traurig, dass Frauen in der Öffentlichkeit nicht die Aufmerksamkeit und Wertschätzung erfahren würden, die ihnen zustehe und wünscht sich, dass der Antrag im KT trotzdem Zustimmung finden möge.

Herr KTA Kramer merkt an, dass es im Klinikum aktuell ganz andere Probleme gebe. Der Standort des Klinikums wäre derzeit das wichtigere Merkmal und dieser sei mit dem jetzigen Namen verknüpft. Wenn das Klinikum langfristig stabil in Betrieb sei und Überschüsse erarbeite, könne man sich über einen neuen Namen unterhalten.

Herr KTA Hoffmann weist darauf hin, dass die Besetzung des Aufsichtsrates des Klinikums einer Frauenquote unterliege, die auch im KT beschlossen worden sei. Man könne einen Namen nicht aufoktroyieren. Der Name des Klinikums sei in der Bevölkerung verwurzelt. Auch aus der Belegschaft heraus sei über den Betriebsrat der Wunsch geäußert worden, den Namen beizubehalten. Als Träger könne man sich über die Wünsche der Bevölkerung und deren Interessen nicht hinwegsetzen. Natürlich sollten Frauen in der Gesellschaft ausreichend gewürdigt werden, aber eine Umbenennung des Klinikums mit einem Namen, der erst mittels langwieriger Diskussionen gefunden werden müsse, sei für das Klinikum selber derzeit nicht zielführend. Daher sollte der Name „Klinikum Peine“ zunächst beibehalten werden.

Herr KTA Sachtleben erklärt, dass im Peiner Klinikum aktuell ein anderer Kampf zu führen wäre, und zwar der, ob sich das Klinikum am Markt etablieren könne. Dies müsse die Zukunft zeigen. Seiner Meinung nach sei es kein guter Stil, seitens der Politik einen Namen aufzuzwingen. Sollte das Klinikum nach jemandem benannt werden – egal ob Frau oder

Mann – dann müsse dieser Wunsch aus der Bevölkerung oder der Belegschaft kommen. Jetzt sei zunächst dafür zu sorgen, dass das Krankenhaus funktioniere.

Der Kreistag lehnt den Antrag ab.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich

Ja-Stimmen: 1 Nein-Stimmen: 40 Enthaltung/en: 1

19 . Sachstand von Stromleitungs-Bauvorhaben im Landkreis Peine

Vorlage: 2021/895

Herr KTA Fechner weist darauf hin, dass es seit einigen Wochen und Monaten unterschiedliche Informationen über die scheinbar notwendigen Energieversorgungsschritte im östlichen Teil des Landkreises Peine gebe, besonders in dem Bereich Liedingen und Köchingen in der Gemeinde Vechelde. Es gehe ihm nicht um die Frage „Energie oder nicht“, sondern um die Wege, Methoden und Schritte der Energieversorgung. Wie solle die benötigte Energie umweltfreundlich, wirtschaftlich und lebensgerecht an die Verbraucherinnen und Verbraucher geliefert werden? Bei der Planung und Durchführung der formalen Schritte würden die kommunalpolitischen Gremien nur unvollständig und sehr einseitig beteiligt. Absprachen mit den regional betroffenen Kommunen und eine Einbindung der Gemeinderäte und des KT fänden nicht statt. Der Erhalt der Lebensqualität der Einwohnerinnen und Einwohner sei zu überprüfen und zu gewährleisten, dafür müsse sich der Landkreis einsetzen. Die verantwortlichen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger in den Gemeinden und im KT müssten über die geplanten Energieversorgungsschritte und die damit einhergehenden Konsequenzen informiert werden, um sachbezogen reagieren zu können und Verständnis für die nötigen Maßnahmen zu erhalten. Er möchte wissen, aus welchem Grund die für die Präsentation vorbereitete Zeichnung abgelehnt würden sei und nicht gezeigt werden dürfe.

Herr EKR Heiß weist darauf hin, dass laut der Geschäftsordnung sowie des NKomVG eingebrachte Anträge kurz zu begründen, aber nicht mit einer ausführlichen Sachverhaltsdarstellung zu versehen seien.

Herr KTA Fechner fordert einen aktuell belastbaren Sachstandsbericht, aus dem die konkrete Planung für den Bereich der Energieversorgung im Landkreis Peine hervorgehe. Das Thema in den Fachausschuss zu verweisen halte er für eine gute Idee, weist aber auch darauf hin, dass eilig gehandelt werden müsse, da seines Wissens nach eine Entscheidung bevorstehe, die eine Einbringung von Vorschlägen und Alternativen seitens der kommunalen Politik erschweren würde.

Herr LR Einhaus stimmt zu, dass es sich um eine Thematik mit gewissen Dimensionen handle. Dies müsse ausführlich im Austausch mit dem entsprechenden Fachausschuss erörtert werden. Sollte es vom Zeitablauf her nicht mit der üblichen Terminplanung passen, müsse zu dem Thema eine Sondersitzung stattfinden, zu der auch Expertinnen und Experten geladen werden könnten. Ihm sei daran gelegen, dass vor Ort eine ausführliche Debatte geführt werde. Daher unterstütze er den Antrag.

Herr KTA Baas erklärt, dass sich einige Kommunen mit dem Thema beschäftigt hätten und es zu den von den Gemeinden abgegebenen Stellungnahmen politische Beschlüsse gebe. Er spricht die Möglichkeit der Erdverkabelung an, die bereits bei vorherigen geplanten Maßnahmen diskutiert worden sei. Er würde es begrüßen, wenn der KT entgegen der Vorlage bereits heute beschließen würde, dass bei geplanten Stromleitungs-Bauvorhaben Erdverkabelung gefordert werde, wenn im KT die Mehrheit dieser Auffassung sei. Darüber wäre am Montag ausführlich in einer Videokonferenz diskutiert worden, in der auch die Planung vorgestellt worden sei. Der Regionalverband würde eventuell schon am kommenden Tag, spätestens aber in 14 Tagen eine Vorentscheidung treffen. Da einige Mitglieder des Kreistages auch im Regionalverband tätig seien, sei dies bereits bekannt. Aus seiner Sicht müsse, unabhängig vom genauen Verlauf der Trasse, Erdverkabelung gefordert werden. Seiner Meinung nach sei es auch nicht der richtige Weg, den Strom für die Industrie nach Süddeutschland durchzuleiten. Die Industrie müsse dort angesiedelt werden, wo der Strom produziert werde, in dem Fall an der Küste. Auch aus dem KT heraus müsse die Idee der Erdverkabelung vorgetragen werden, damit im Regionalverband keine Fehlentscheidung getroffen wer-

de. Wenn das Planfeststellungsverfahren erst auf den Weg gebracht worden sei, hätte man auf die Planung keinen Einfluss mehr.

Herr KTA Sachtleben ist der Meinung, dass Politik von Vernunft und nicht von Wünschen gelenkt werden müsse. Heute aus dem KT einen Beschluss zur Forderung von Erdverkabelung zu treffen sei kurzfristig und nicht von Ratio getrieben. Der einzige vernünftige Beschluss sei der, der auch bereits im KA getroffen worden sei, nämlich der der Überweisung in den Fachausschuss. Beim Thema Energie, konkret beim Stromtransport, gebe es keinen Königsweg. Diesbezügliche Entscheidungen müssten projektweise, teilweise sogar pro Streckenabschnitt, getroffen werden. Auch die Erdverkabelung sei ein massiver Eingriff in die Natur, genau wie durch Stromtrassen. Auch er halte den Stromtransport über lange Wege für nicht sinnvoll. Die hiesige Industrie müsse ebenso mit umweltfreundlichem Strom betrieben werden. Eine emotionale Entscheidung für die Erdverkabelung sei nicht richtig, die Weitergabe in den Fachausschuss müsse beschlossen werden.

Frau KTA Weyberg stellt fest, dass die Energiewende im Landkreis angekommen sei und eine dezentrale Energieversorgung vorliege. Wenn die Klimaziele erhöht würden, müssten auch entsprechende Maßnahmen folgen. Ihrer Einschätzung nach werde es langfristig dazu kommen, dass sich die Industrie dort ansiedele, wo die Energie produziert werde. Von der Umstellung des Energienetzes auf eine andere Art der Energieversorgung sei auch der Landkreis betroffen und dafür müssten kluge Wege gefunden werden. Erdverkabelung und die entsprechende technische Umsetzung sei eine komplizierte Thematik. Hierüber sollte keine Entscheidung getroffen werden, solange man die Auswirkungen nicht kenne. Darüber müsse ausführlich mit verschiedenen Fachleuten beraten werden. Sie fragt sich, aus welchem Grund zum jetzigen Zeitpunkt derart großer Druck aufgebaut werde. Der Regionalverband, in dem auch einige Vertreterinnen und Vertreter aus dem Landkreis Peine und angrenzenden Kommunen tätig seien, beschäftige sich schließlich schon länger mit dem Thema. Sachliche Diskussionen hätten also bereits geführt werden können. Ihrer Meinung nach könne in einer Sondersitzung des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz darüber gesprochen werden.

Herr KTA Hoffmann schließt sich den Ausführungen von Herrn KTA Baas an. Er ist der Meinung, dass der Beschluss der Überweisung des Themas in den Fachausschuss heute ohne weiteres gefasst werden könne. Er möchte aber auch als Antrag formulieren, dass heute im KT beschlossen werde, eine Erdverkabelung zu prüfen und nach Möglichkeit auch umzusetzen.

Herr KTA Sachtleben hält einen solchen Beschluss für einen Schnellschuss, vor dem er zuvor gewarnt hätte. Im KA sei sich vorab auf das Vorgehen der Behandlung durch den Fachausschuss geeinigt worden. Einen anderslautenden Beschluss einer Forderung nach Umsetzung von Erdverkabelung halte er für eine für den Wahlkampf pressewirksame Taktik. Es müsse bei dem vorliegenden Antrag bleiben.

Aufgrund einer weiteren Wortmeldung von Herrn KTA Fechner weist Herr Kreistagsvorsitzender Marotz darauf hin, dass nur eine Wortmeldung je TOP zulässig sei, mit Ausnahme der Fraktionsvorsitzenden. Wenn alle Anwesenden zustimmten, würde er Herrn KTA Fechner dennoch ein weiteres Mal das Wort erteilen. Der KT stimmt diesem Vorgehen zu.

Herr KTA Fechner bittet darum, dem Antrag zuzustimmen und das Thema sachlich und gelassen im entsprechenden Fachausschuss zu diskutieren.

Herr Kreistagsvorsitzender Marotz schlägt als Kompromiss vor, die Sondersitzung des Fachausschusses bis zum Beginn der Sommerpause durchzuführen, um dem Thema die gebotene Dringlichkeit zukommen zu lassen und nicht unnötig lange ohne Entscheidung zu verharren. Das Plenum nimmt den Vorschlag mit Zustimmung auf. Über den Antrag wird abgestimmt unter der Voraussetzung, dass die Sitzung des Ausschusses für Umwelt- und Verbraucherschutz vor dem 22. Juli 2021 stattfindet.

Herr KTA Baas bittet darum, dass die Sitzung des Fachausschusses vor der nächsten Sitzung des Regionalverbandes durchgeführt werde.

Beschluss:

Der Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 13.04.2021 wird zur weiteren Beratung in den Fachausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 42 Nein-Stimmen: - Enthaltung/en: -

20 . Sanierung des Trinkwassernetzes am Gymnasium und der Realschule Groß Ilsede

Vorlage: 2021/865

Frau KTA Schulz berichtet, dass dem Schulzentrum Groß Ilsede wenig Beachtung entgegengebracht werde. Sie halte dies, vor allem gegenüber den Schülerinnen und Schülern, den Mitarbeitenden und auch den Eltern für kritikwürdig. Insgesamt umfasse das Schulzentrum in Groß Ilsede nahezu 1000 Schülerinnen und Schüler. Die Schadensfeststellungen gingen weit über die Trinkwasserversorgung hinaus. Seitens des Schulträgers sei ihrer Meinung nach keine ausreichende Initiative zu erkennen. Obwohl die Problematik mit dem Trinkwasser bereits seit Oktober 2019 bestehe, begebe sich der Landkreis erst jetzt an die Lösung des Problems, nachdem zunächst der Standpunkt vertreten worden sei, dass der Schulträger nicht für die Versorgung mit Trinkwasser zuständig sei. Sie hoffe, dass man in der Verwaltung und der Politik erkannt habe, dass im Schulzentrum Ilsede gravierender Veränderungs- und Handlungsbedarf bestehe.

Herr EKR Heiß räumt ein, dass die Trinkwasser-Thematik am Schulzentrum Ilsede in der Abwicklung zu lange gedauert hätte. Jedoch hätte man hier vor einer einmaligen Situation gestanden. Direkt nachdem man Kenntnis über die Belastung des Trinkwassers erhalten hätte, sei der Verzehr untersagt worden. Es sei zu dem Zeitpunkt aber nicht vorstellbar gewesen, dass der Fehler nicht zeitnah identifiziert und behoben werden könne. Über 50.000 Euro seien in die Fehlersuche investiert worden. Die Aussage, dass der Schulträger für die Trinkwasserversorgung nicht zuständig sei, war für den Landkreis nie verfahrensleitend, ansonsten wäre man nicht weiter tätig geworden. Zu keinem Zeitpunkt hätte es seitens der Verwaltung die Aussage gegeben, dass man sich um das Problem nicht kümmern würde, weil man dazu nicht verpflichtet sei. Es sei sich mit der Situation sehr ernsthaft auseinandergesetzt worden. In Zusammenhang mit einer wissenschaftlichen Begleitung sei nun ein guter Weg gefunden worden, der auch bei anderen Schulen Anwendung finden könne. Den Schülerinnen und Schülern würde jetzt auch auf eine ökologische Art und Weise Trinkwasser zur Verfügung gestellt. Durch das Vorhandensein von Trinkwasseranschlüssen in nahezu jedem Raum hätte es zuvor erhebliche Trinkwasserverluste durch notwendige Spülungen gegeben. Die Installation der Trinkwasserentnahmestellen werde noch in diesem Jahr durchgeführt, sofern entsprechende Dienstleister zur Verfügung stünden. Auch eine Sanierung der Duschen und im kommenden Jahr der Toiletten werde vorgenommen. Ende vergangener Woche hätte ein konstruktives Gespräch mit der Schülersvertretung stattgefunden, in der die Vorgehensweise seitens des Landkreises erläutert worden sei. Das Schulzentrum Ilsede stehe genauso im Mittelpunkt der Betrachtungen wie alle anderen Schulzentren des Landkreises Peine.

Beschluss:

1. Zur Behebung der Trinkwasserproblematik wird das Trinkwassernetz am Gymnasium und der Realschule Groß Ilsede unter Berücksichtigung wirtschaftlicher und ökologischer Aspekte saniert.
2. Unter Bezugnahme auf den beigefügten Antrag der SPD-Kreistagsfraktion wird ein Konzept für die Trinkwasserversorgung in Schul- und Verwaltungsgebäuden unter wissenschaftlicher Begleitung erstellt und maßstabbildend in den Schul- und Verwaltungsgebäuden umgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 42 Nein-Stimmen: - Enthaltung/en: -

21 . Sonnenschutz an den Schulen in der Trägerschaft des Landkreises Peine

Vorlage: 2021/875

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zum Thema Sonnenschutz an den Schulen in der Trägerschaft des Landkreises Peine einen Vorschlag zur Senkung der Raumtemperaturen zu erarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 42 Nein-Stimmen: - Enthaltung/en: -

**22 . Änderung der Verordnung über den geschützten Landschaftsbestandteil "Wensers Allee" (LB PE 09)
Vorlage: 2021/890**

Beschluss:

Dem Erlass der im Entwurf vorliegenden, abgeänderten Verordnung über den geschützten Landschaftsbestandteil „Wensers Allee“ (LB PE 09) wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 42 Nein-Stimmen: - Enthaltung/en: -

**23 . Kooperation mit dem Projekt Wind und Natur - Integrative Genehmigungspraxis
Vorlage: 2021/891**

Herr Kreisbaurat Mews macht deutlich, dass Klima- und Energiepolitik an vielen Stellen in der Umsetzung auch Unterstützung benötige. Gerade die Optimierung von Prozessen sei ein wichtiger Punkt. Es handele sich hierbei um ein besonderes Projekt unter der Schirmherrschaft des Umweltministers Olaf Lies, an dem sich der Landkreis Peine als einer von wenigen Landkreisen als Kooperationspartner beteilige. Es finde ein Monitoring statt, dessen Erkenntnisse niedersachsenweit zur Verbesserung der Energiepolitik beitragen sollen. Er hält die Kooperation für einen guten Weg und bittet um die Unterstützung des Kreistages.

Beschluss:

Der Kooperation mit dem Projekt „Wind und Natur - Integrative Genehmigungspraxis“ wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 42 Nein-Stimmen: - Enthaltung/en: -

**24 . Nachnutzung von Kieseeseen
Vorlage: 2021/831**

Kenntnisnahme

**25 . Annahme und Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen;
Schulpreis für IGS Lengede
Vorlage: 2021/862**

Beschluss:

Der Annahme des Schulpreises in Höhe von 10.000 Euro wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 42 Nein-Stimmen: - Enthaltung/en: -

26 . Annahme und Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen**Geldspende des Herrn Nils Rosemeyer****Vorlage: 2021/877****Beschluss:**

Der Annahme der Spende in Höhe von 3.000 € wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 42 Nein-Stimmen: - Enthaltung/en: -

27 . Annahme und Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen**Geldspende für die Kreismusikschule****Vorlage: 2021/892****Beschluss:**

Der Annahme der Geldspende in Höhe von 2.500 € wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 42 Nein-Stimmen: - Enthaltung/en: -

28 . Annahme und Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen**Geldspende des Fördervereins der Kreismusikschule Peine****Vorlage: 2021/896****Beschluss:**

Der Annahme der Spende in Höhe von 1.000 € wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 42 Nein-Stimmen: - Enthaltung/en: -

29 . Annahme und Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen**Geldspende der Sparkassenstiftung an die Kreismusikschule Peine****Vorlage: 2021/898****Beschluss:**

Der Annahme der Spende in Höhe von 7.500 € wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 42 Nein-Stimmen: - Enthaltung/en: -

30 . Bericht des Landrates

Es erfolgt kein Bericht des Landrates.

31 . Anfragen und Anregungen

Frau KTA Schulz merkt an, dass man sich in Hannover bezogen auf die Veränderung der Krankenhauslandschaft seitens SPD und CDU geeinigt hätte, ein gemeinsames Konzept vorzulegen, woran sie in Bezug auf das Klinikum Peine Interesse habe. Es solle eine Unterteilung der rund 170 Kliniken in 3 Stufen erfolgen: Grundversorger, Schwerversorger und Maximalversorger. Sie könne sich vorstellen, dass das Klinikum Peine in die erste der 3 Kategorien falle und fragt an, ob sie mit dieser Annahme richtig liege.

Herr KTA Möhle bestätigt auf Anfrage diese Vermutung.

Um 20:00 Uhr beendet Herr Kreistagsvorsitzender Marotz die 25. Sitzung des Kreistages.


Hartmut Marotz
Kreistagsvorsitz

Franz Einhaus
Landrat

Melike Miriam Lampe
Protokollführung